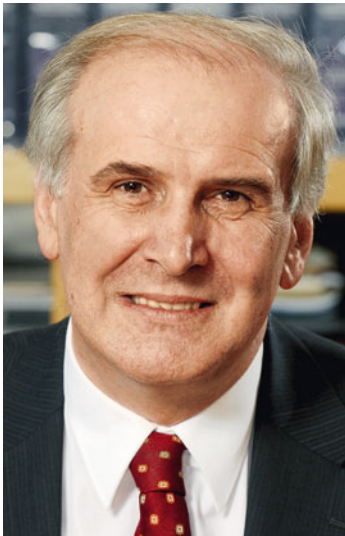


Liechtenstein

Strategisches Vorgehen schafft langfristiges Vertrauen

Editorial von Otmar Hasler, Regierungschef a.D., Partner, Kaiser Ritter Partner



Hohe strukturelle Defizite vieler Industriestaaten sowie die zunehmenden Möglichkeiten der Auslandsverlagerungen sind wesentliche Treiber des Kampfes gegen Steuer-
vergehen. Multinationale Konzerne sind in der Veranlagung der Unternehmenssteuern immer weniger an nationalstaatliche Grenzen gebunden. Dazu kommt die starke wirtschaftliche Vernetzung der Staatenwelt. So garantieren die Länder

des Europäischen Wirtschaftsraumes die vier Grundfreiheiten des freien Waren-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs. Staatliche Grenzen im Wirtschaftsverkehr existieren hier kaum mehr. Auch auf globaler Ebene organisieren sich multinationale Konzerne, um die Vorteile der jeweiligen Steuersysteme systematisch zu nutzen.

Eine gewisse Steuerharmonisierung, vor allem aber der Informationsfluss im Bereich der Steuern ist die Konsequenz dieser Entwicklung. Steuerflucht und -hinterziehung auf Ebene der Unternehmen wird in den Medien zwar weniger thematisiert als diejenige natürlicher Personen, ist aber für die Staatshaushalte umso bedeutender.

Staaten sind auf Einnahmen angewiesen, die es ihnen erlauben, ihre vom Gesetzgeber definierten Aufgaben wahrzunehmen. Steuerpolitik ist dabei immer auch Umverteilungspolitik. Der grösste Teil der erzielten Einnahmen fliesst in die sozialstaatlichen Einrichtungen. Je schwieriger die wirtschaftliche Umgebung, je höher die Arbeitslosenzahl, desto pointierter wird die Diskussion über Gerechtigkeit bzw. die moralische Verpflichtung der Vermögenden, durch die Entrichtung ihrer Steuern den Wohlstands- und Sozialstaat zu sichern, geführt.

Steuerdelikte werden in der öffentlichen Diskussion immer stärker kriminalisiert. Die Bestrebungen der OECD wie auch der EU, Steuerhinterziehung als Vortat zur Geldwäscherei zu erklären, unterstreichen diese Tendenz. Staaten scheuen sich dabei nicht, sich Informationen ausserhalb des rechtlich gesicherten Rahmens zu verschaffen, indem sie

sich wider jedes rechtsstaatliche Prinzip Daten von Kriminellen besorgen – eine Entwicklung, die den Rechtsstaat unterhöhlt, indem fundamentale Regeln gebrochen werden. Der Zweck heiligt nicht alle Mittel. Der Verlust des Vertrauens der Bürger in Staat und Demokratie ist eine der Folgen.

Die Zusammenarbeit und damit der Informationsaustausch im steuerlichen Bereich wird in den kommenden Jahren noch stärker werden. Sich dieser zu entziehen, ist keine erfolgversprechende Politik, im Gegenteil, dies führt zu Problemen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr. Vielmehr muss die Frage der Steuerkooperation zu Ende gedacht werden.

Einer Entwicklung, die sich abzeichnet, kann man erfolgversprechend nur strategisch begegnen. Dabei stammt das Wort Strategie aus dem Griechischen und bedeutet soviel wie Heerführung, Feldherrenkunst. Das fügt sich gut, denn in der aufgeheizten Diskussion um Steuerflucht geht es nicht nur um Moral und Ethik, vielmehr handelt es sich um eine handfeste wirtschaftliche Auseinandersetzung.

Die Frage ist, wie der berechtigte Schutz der Privatsphäre gesichert und gleichzeitig Transparenz in Steuerfragen geschaffen werden kann. Gerade zum Vorteil vermögender Kunden werden gewisse Automatismen notwendiger Bestandteil einer umfassenden Lösung sein.

Deshalb ist es strategisch klug, schon heute in bilateralen Abkommen über den OECD-Standard hinauszugehen und im Gegenzug im Interesse der Kunden Bedingungen auszuhandeln, die es erlauben, Übergangsregelungen für bestehende Kundenbeziehungen zu finden und damit deren Steuerkonformität umfassend, das heisst auch für die Vergangenheit, zu lösen sowie die Finanzintermediäre aus einer im Raum stehenden strafrechtlichen Verantwortlichkeit zu befreien.

Das Abkommen Liechtensteins mit Grossbritannien weist einen neuen Weg. Zentrale Punkte sind eine Übergangsfrist bis 2015 für die Legalisierung allenfalls nicht versteuerter Gelder zu günstigen Bedingungen und die Garantie, dass ab 2015 keine unversteuerten Gelder britischer Staatsbürger mehr in Liechtenstein angelegt sind. Das Abkommen findet in der internationalen Presse immer stärkere Aufmerksamkeit, da es einen neuen, strategischen Weg zeigt, wie dem Problem der Steuerhinterziehung wirksam begegnet werden kann, ohne dass der berechtigte Schutz der Privatsphäre aufgehoben werden muss.

www.kaiser-ritter-partner.com •